

Finanz- und Wirtschaftsdienst  
s.C.41.Ho.100.0 - KO/GRF

Bern, 8. August 1990

## Wirtschaftliche, finanzielle und wirtschaftspolitische Situation Ungarns

(Zusammenfassung)

Für 1990 zeichnet sich **keine Besserung** der seit Jahren stagnierenden ungarischen Wirtschaft ab. Das Bruttoinlandprodukt senkte sich in den ersten Monaten dieses Jahres, die Inflation verharrt bei 25 %, und bis Ende Jahr wird eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahl auf 100'000 erwartet. Einen Lichtblick stellt der starke Wertzuwachs bei den ungarischen Exporten in Hartwährungsländer seit Anfang 1990 dar.

Ungarn gehört seit Jahren in die **Kategorie der hoch verschuldeten Länder**. Eine Umschuldung zieht Budapest jedoch nicht in Erwägung. Ungarn versucht vielmehr, bei der internationalen Finanzwelt seine Kreditwürdigkeit zurückzuerobieren. Mit dem IMF traf das Land rigorose finanzielle Vereinbarungen. Dafür hat der IMF im März 1990 Ungarn einen Stand-by-Kredit in der Höhe von 160 Mio SZR gewährt. Weitere Kredite stehen in Aussicht. Die ersten positiven Zeichen an der Schuldenfront zeigen sich bereits. Die Bruttoauslandschulden lagen am Ende des ersten Quartals 1990 bei 19,7 Mia \$, während sie Ende des Vorjahres noch etwas über 20 Mia \$ ausgemacht hatten.

Die neue ungarische Regierung beabsichtigt, innerhalb eines Jahres den äusseren Rahmen für eine Marktwirtschaft zu schaffen. So sollen der Forint im Laufe des Jahres 1991 konvertibel gestaltet und die Preise und Löhne liberalisiert werden. 70 % bis 80 % der Industrie und des Handels will man privatisieren. Von den **Reformen** erhofft sich die ungarische Führung ab 1992 ein reales Wirtschaftswachstum. Der Erfolg der Reformen wird zu einem grossen Teil vom Ausmass der ausländischen Investitionen abhängen.

Der **Handel zwischen der Schweiz und Ungarn** hat in den letzten Jahr stark zugenommen. Dabei besteht ein wachsendes Handelsbilanzdefizit zuungunsten Ungarns. Die Schweiz exportiert vor allem Chemikalien sowie Maschinen und elektronische Güter. Unser Land importiert von Ungarn hauptsächlich landwirtschaftliche Güter und Mineralölprodukte.

## Wirtschaftliche, finanzielle und wirtschaftspolitische Situation Ungarns

### 1. Wirtschaftslage

Die ungarische Wirtschaft stagniert bereits seit Jahren, und nach einem leichten Rückgang des Bruttoinlandproduktes im Vorjahr zeichnet sich auch 1990 keine Belebung ab. Im ersten Quartal schrumpfte das Bruttoinlandprodukt um 5,9 %. Das Volumen der Industrieproduktion war in den ersten fünf Monaten 1990 um 9,9 % kleiner als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Inflation verharrt bei fast 25 %. Probleme zeigen sich auch am Arbeitsmarkt. Gegenwärtig sind 60'000 Ungarn als arbeitslos registriert; das entspricht zwar nur einer 2 %igen Arbeitslosenquote, doch bedeutet dies eine Zunahme von 100 % seit Anfang 1990. Bis Jahresende wird infolge von Rationalisierungen und Betriebsschliessungen ein Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 100'000 erwartet.

Positiv ist zu bewerten, dass sich die ungarische Ertragsbilanz seit Anfang 1990 deutlich verbessert hat. Im ersten Trimester 1990 betrug das Defizit rund 100 Mio \$ im Vergleich zu den 669 Mio \$ der Vorjahresperiode. Dies ist vor allem auf einen starken Wertzuwachs bei den Exporten zurückzuführen. Zwar ist bei den in Transferrubel verrechneten Exporten für die erste Hälfte 1990 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1989 ein Rückgang von 29 % festzustellen. Dabei erfolgte die grösste Exporteinbusse mit Bezug auf die Tschechoslowakei (30 %ige Reduktion im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode), gefolgt von der Sowjetunion. Die Exporte in westliche Länder nahmen indessen um 17 % zu. Die Exportzunahme erstreckt sich auf alle Güterbereiche.

45 % der Exporte in westliche Länder gingen während den ersten sechs Monaten 1990 in den EG-Raum, womit sich die Ausfuhren in dieses Gebiet im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode um 20 % steigerten. Die Importe aus westlichen Ländern erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 1,3 %. 48 % stammten aus EG-Ländern. Der grösste ungarische Handelspartner unter den EG-Ländern ist die BRD. Der Import aus den Comecon-Ländern nahm in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres um 20 % ab.



- 2 -

Probleme schaffen dabei vor allem die Reduzierung der sowjetischen Erdöl- und Kohlelieferungen.

In einer im Juni 1990 veröffentlichten Studie des Veranstalters des Davoser Management-Symposiums (World Economic Forum Genf) wird die Wettbewerbsfähigkeit Ungarns um einiges tiefer eingestuft als diejenige Griechenlands oder der Türkei.

## 2. Finanzlage

Die Reserven an konvertiblen Währungen (inkl. Gold) sind dieses Jahr bis Ende März um schätzungsweise 0,7 Mia \$ auf 1 Mia \$ gefallen. Im Mai sah sich Ungarn gezwungen, von der BIZ einen Ueberbrückungskredit zu verlangen. Die BIZ bewilligte einen 280 Mio-Dollar-Kredit mit einer Laufzeit von sechs Monaten. Damit soll die Zeit bis zur Auszahlung eines "Japan Export-Import Bank"-Darlehens, eines Strukturanpassungskredites der Weltbank im Betrag von 200 Mio \$ und eines Darlehens im Rahmen des laufenden Standby-Programms des IMF überbrückt werden. Diesen Stand-by-Kredit in der Höhe von 160 Mio SZR erhielt Ungarn noch vor den Wahlen im Frühling zugesprochen, nachdem die alte Führung den Forint abgewertet und die Staatsausgaben beschränkt hatte. Weitere Verhandlungen mit dem IMF über einen Kredit im Betrag von 1,8 Mia SZR sind in die Wege geleitet.

Die EG hat im Rahmen des G-24-Prozesses Ungarn 300 Mio ECU als nichtrückzahlbaren Betrag zugestanden. Das Geld ist für Projekte in den Bereichen der Energie, der Erziehung und des Umweltschutzes bestimmt. Ueberdies gewährte die EG Ungarn einen Kredit in der Höhe von 1 Mia \$, um die Strukturanpassungen der ungarischen Wirtschaft zu unterstützen. Die "Europäische Investitionsbank" wurde ermächtigt, Ungarn und Polen Kredite von insgesamt 1 Mia ECU zu gewähren. Welche Mittel die "Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" Ungarn zur Verfügung stellen wird, ist noch unklar. Zweifelsohne wird aber dieses Land ein wichtiger Kunde der Bank werden.

Ungarn zählt seit Jahren zu den hoch verschuldeten Ländern. Ein Moratorium konnte bisher zwar vermieden werden, doch wird durch die Bedienung

- 3 -

der Auslandschulden die Sanierung und Restrukturierung der Wirtschaft enorm erschwert. Allerdings konnten die ersten Erfolge bei der Schuldenregelung verbucht werden. Die Bruttoauslandschulden lagen am Ende des ersten Quartals 1990 bei 19,7 Mia \$, während sie Ende des Vorjahres noch etwas über 20 Mia \$ ausgemacht hatten. Ende April wies die Zahlungsbilanz einen geringen Ueberschuss aus. Die Delegation des IMF, welche die Durchführung des Kreditabkommens mit Ungarn überprüfte, war mit den Zahlen zufrieden. Ungarn steht unter einer scharfen Kontrolle des IMF und muss sich an rigorose finanzielle Vereinbarungen halten. So verpflichtete sich Ungarn insbesondere, das Haushaltsdefizit bei rund 10 Mia Forint zu halten, währenddem 1989 ein Fehlbetrag von 50 Mia Forint in Kauf genommen werden musste. Zur Erreichung dieses Ziels fehlen im Moment noch 15 Mia Forint. Die notwendigen Mittel werden wahrscheinlich durch Preiserhöhungen für Energie sowie über Sondersteuern beschafft werden.

Budapest rechnet im Einvernehmen mit dem IMF damit, das ursprünglich vorgesehene Zahlungsbilanzdefizit für 1990 von 550 Mio \$ auf 400 Mio \$ zu reduzieren. Ungarn möchte mit der Erfüllung dieses Ziels beweisen, dass es fähig ist, die Zinsen aus den Auslandschulden aus eigener Kraft zu bezahlen. Damit soll das Vertrauen der internationalen Finanzwelt zurückeroberet werden.

In jüngster Zeit klagten westliche Firmen über Zahlungsverzögerungen seitens Ungarns. Diese werden jedoch meist nicht auf Devisenknappheit, sondern auf Liquiditätsengpässe der ungarischen Firmen zurückgeführt. Es bildet sich eine Verschuldungskette, weil diverse Firmen nicht zahlungsfähig sind. Etliche Unternehmen sind konkursreif und müssten ohne staatliche Hilfe schliessen.

### 3. Geplante Wirtschaftsreformen

Ungarn plant radikale Reformen, um innerhalb eines Jahres die Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft zu schaffen. Unter anderem soll der Forint bereits im Laufe des Jahres 1991 konvertibel werden. Finanzminister Ferenc Rabar erklärte, die ungarische Regierung wolle bis zum Januar



- 4 -

1991 bei Löhnen, Preisen, Steuern, Subventionen und Abgaben neue Strukturen einführen. Für 1992 prognostizierte der Finanzminister der neuen bürgerlichen Koalition ein reales Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig beabsichtigt Ungarn, den Anteil der Staatswirtschaft zu reduzieren und 70 % bis 80 % der Industrie und des Handels zu privatisieren. Die Privatisierung soll entweder über die Börse oder durch Direktaquisitionen geschehen. Die Börse, welche die Kommunisten vor 42 Jahren geschlossen hatten, wurde im Juni 1990 in Budapest wiedereröffnet. Die Regierung beabsichtigt, in den kommenden fünf Jahren rund 1500 Firmen zu privatisieren. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob dieses Ziel erreicht wird. Als Bremse für eine rasche Privatisierung erweist sich die Tatsache, dass institutionelle Investoren und Investmentfonds in Ungarn fehlen.

Ungarn braucht zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft ausländische Investoren. Das Land hat bei seinen Anstrengungen, ausländisches Kapital in die Produktion einzubeziehen, im Vergleich zu anderen ost-/mitteleuropäischen Staaten schon beachtliche Erfolge erzielt. Die Zahl der Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung hat sich in Ungarn in einem Jahr versechsfacht. Gemäss Angabe des Ministerium für internationale Wirtschaftsbeziehungen verzeichnete man Ende Juni 1990 rund 1800 Gemeinschaftsunternehmen. Ende Juni 1989 waren es noch 280 Joint Ventures. Nach den ersten freien Wahlen in Ungarn und der Bildung einer nichtkommunistischen Regierung seien allein im Juni 300 neue Joint Ventures hinzugekommen. An den Unternehmen seien Firmen aus 40 Ländern beteiligt. Oesterreich führt die Rangliste der ausländischen Investoren an, gefolgt von der BRD, den USA und Japan.

Ungarn hat die effizienteste Landwirtschaft Ost-/Mitteleuropas. Sie erwirtschaftet rund 20 % des BSP. 20,9 % der Werktätigen sind in diesem Sektor beschäftigt. 30 % der in Ungarn erzeugten landwirtschaftlichen Güter werden exportiert. Davon gehen 2/3 in Comecon-Länder. Da Ungarn seine Verkäufe in westliche Länder steigern möchte, ist das Land an der Beseitigung von entsprechenden Handelshemmnissen interessiert. Im Vergleich zu den meisten OECD-Ländern sind die ungarischen Subventionen im Landwirtschaftsbereich sehr gering.